

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 30

Artikel: Kampf auf drei Fronten : die Internationale Transportarbeiter-Föderation setzt sich mit dem Kommunismus auseinander
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076384>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

KAMPF AUF DREI FRONTEN

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation
setzt sich mit dem Kommunismus auseinander

Kommunismus und mangelhafte Entwicklung sind zwei ineinandergreifende Gefahren, die heute ganz besonders die freie Welt bedrohen. Während Staatsführer und Regierungsämter sich politisch — und oft akademisch — mit dieser Gefahr befassen, stehen die Arbeiter und ihre Organisationen in den nichtkommunistischen Ländern auf ganz andere, viel direktere Weise an der Front dieses Kampfes.

Innen tritt diese Gefahr in der Ausübung ihres täglichen Berufes, im Kampf um die Wahrung ihrer Interessen jeden Tag entgegen. Es ist deswegen nicht erstaunlich, dass die organisierten Arbeiter der nichtkommunistischen Länder gegen die alltäglichen, oft übersehenen Manöver des Kommunismus, gleichzeitig aber auch gegen die den Kommunismus indirekt fördernden Mängel in der Entwicklung neuer Länder äusserst hellhörig sind.

Drei Referate am 26. Kongress der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, der zwischen dem 20. und dem 30. Juli in Bern stattfand, beweisen die bemerkenswerten Hellhörigkeit der Arbeitervertreter für die Misstöne, die an der Basis der Sozialstruktur Unzufriedenheit und Unruhe schaffen.

Der direkte Angriff

Ueber direkte Manöver der Kommunisten berichtete der Vertreter der finnischen Seeleute, Wälläri. Er gab Auskunft über die Spaltungerscheinungen in der finnischen Gewerkschaftsbewegung.

Finnland mit seiner langen Sowjetgrenze und seinem Sonderstatut nach 1945 hat notgedrungen den Kommunisten mehr Einfluss als andere westliche Länder gewährt. Insbesondere haben sich viele, die sich vor einer eventuellen militärischen Aktion der Sowjetunion fürchten, der Kommunistischen Partei als Schutzmassnahme angeschlossen.

Nach dem Generalstreik von 1956 versuchten die Kommunisten, sagte Wälläri, sowohl die Leitung der Sozialdemokratischen Partei wie auch des Gewerkschaftsbunds zu beanspruchen. Der erste Anlauf scheiterte; ihre Stellung in den Gewerkschaften war stark, und sie konnten sie in einigen von ihnen ausbauen, doch im Gewerkschaftsbund und besonders in der Partei gelang ihnen kein definitiver Erfolg.

So bildeten sie ihre eigene Partei, wobei sie in den von ihnen beherrschten Gewerkschaften vorhandene Gelder und die Kontrolle der Mitgliedschaft ausnutzten.

Aus diesem Grunde weigerten sich viele noch unabhängige Gewerkschaften, dem Gewerkschaftsbund Beiträge zu entrichten. Darunter waren die Seeleutegewerkschaft, die Gewerkschaft der Strassenverkehrsarbeiter, die Pilotengewerkschaft und diejenige der Docker (Hafenarbeiter).

Bis im letzten Februar hatten die Kommunisten auch im Gewerkschaftsbund das Exekutivkomitee nicht offen in der Hand. Das Komitee bestand aus drei Kommunisten, fünf Sympathisanten, die man als Mitläufer bezeichnen kann, und sieben Nichtkommunisten. Im Februar nun überstimmten die Kommunisten und Mitläufer gemeinsam die sieben Nichtkommunisten beim Entscheid über die Zulassung von vier nichtkommunistischen Gewerkschaften.

Ihre Zulassung wurde abgelehnt. Der (nichtkommunistische) Präsident des Gewerkschaftskongresses trat daraufhin zurück. Er sagte, es gebe keine Hoffnung mehr, durch ein weiteres Ausharren die Gewerkschaftsbewegung zu einigen.

Zwölf Gewerkschaften erklärten eindeutig, sie würden austreten, falls keine radikale Aenderung der prokommunistischen Linie einträte.

Im Herbst sagte Wälläri, wird ein Beschluss über die einzuschlagende Linie gefasst werden. In Vorbereitung dieser Auseinandersetzung haben die Kommunisten begonnen, ihre Stellung zu verstärken.

Sie haben bereits, soweit ihr Einfluss reicht, leitende Posten durchkämmt und alle unsicheren Elemente durch kommunistische Mitläufer ersetzt. In der kommunistisch beherrschten Gewerkschaft der Landwirtschaftsarbeiter wurden zwei Kommunisten beauftragt, Zweigstellen für Agitation im ganzen Land zu organisieren.

Er wies auch auf eine Eigentümlichkeit der sogenannten Mitläufer hin: Sie sind in ihren Lohnforderungen weniger aktiv als die nichtkommunistischen Gewerkschaften. Die weitgehend von Mitläufern beherrschten Organisationen im Gewerkschaftsbund haben Lohnerhöhungen von bloss 11 Prozent erreicht, während die Lebenshaltungskosten seit 1956 um 28 Prozent gestiegen sind.

Eine ausserhalb des Gewerkschaftsbundes stehende Organisation, beispielsweise die Seeleutegewerkschaft, setzte in derselben Zeitspanne eine Erhöhung des durchschnittlichen Einkommens von 32 Prozent durch; ebenso erreichten die nicht im Gewerkschaftsbund organisierten graphischen Arbeiter wesentlich höhere Löhne.

In den nichtkommunistischen Gewerkschaften waren Konsolidierungstendenzen zu bemerken. So entschlossen sich die Transportarbeiter und die Hafenarbeiter zu einer engen Zusammenarbeit, und im April gesellten sich die Strassentransportarbeiter zu ihnen.

Als Antwort organisierten die Kommunisten eine Konkurrenzgewerkschaft.

Die Gefahr besteht darin, dass der Druck der starken kommunistischen Fraktion im Parlament, verbunden mit dem Druck der kommunistisch kontrollierten Gewerkschaften, die Sozialdemokraten ausmanövrieren kann. Bereits wurden bei einer Regierungsbildung führende Sozialdemokraten nicht berücksichtigt, weil sie in der Zangenoperation zwischen KP und kommunistischen Gewerkschaften isoliert dazustehen und keinen genügenden Rückhalt zu haben schienen.

Rassendiskriminierung

Ueber eine andere Gefahr sprach O. P. Pathak von der Gewerkschaft ostafrikanischer Eisenbahner asiatischer Herkunft in Kenia. Bedauerlicherweise bestehe eine Rassentrennung zwischen den Eisenbahnergewerkschaften — Europäer, Asiaten und Afrikaner. Bis 1954 waren die Löhne nach denselben Kriterien getrennt, nachher wurde eine sogenannte «nicht rassensensitive» Struktur eingeführt. Nach dieser haben Europäer immer noch «iducement pay», Ermunterungslohn, um eine Stelle in Af-

rika anzunehmen. Hingegen wurden endlich einzelne höhere Stellen Afrikanern und Asiaten geöffnet.

Besonders die Asiaten waren in einer mühsamen Lage. Weder Europäer, noch Afrikaner akzeptierten sie wirklich. Ihre Versuche, den Zwiespalt zu überbrücken, waren nicht immer erfolgreich.

So hatten sie bei einem kürzlichen Streik gegen einen europäischen Beamten vermitteln wollen. Auf Anraten des Generalsekretärs der internationalen Föderation hatten sie die beiden andern Fraktionen zu einer Aussprache eingeladen, worauf die Afrikaner nicht erschienen. Ohne die Afrikaner aber konnten sich die Asiaten nicht leisten, mit den Europäern zu verhandeln, und so kam es zu keinem Gespräch.

Gefahr: Alle Diktaturen

Eine weitere allgemeine Gefahr erwähnte der Generalsekretär, der in seiner Ansprache die Diktaturen erwähnte, «die in Ländern wie der Dominikanischen Republik, Paraguay, Spanien bestehen und wie sie sich jetzt in Kuba entwickelt».

Für die Gewerkschaften sind Diktaturen, gleich welcher politischen Richtung, eine ähnliche Gefahr, weil sie die Vereins- und Organisationsfreiheit unterdrücken. Damit registrieren sie sehr schnell Bedrohungen, welche die Demokratie als ganzes gefährden.

Wirre Begriffe

Ein drittes Referat von J. F. Soares, dem asiatischen Vertreter der internationalen Föderation, machte auf eine grundsätzliche Gefahr aufmerksam:

In unterentwickelten Ländern, sagte er, wurden Gewerkschaften nicht sosehr zur Verteidigung von Berufsinteressen gegründet; sie wurden einer überwiegend landwirtschaftlichen Gesellschaft aufgepfropft, und zwar aus ideologischen und politischen Gründen. Sie entwickelten sich zugleich mit der Grundwelle des antikolonialen Nationalismus und wurden in diesem Kampf sogar führend.

In diesen ehrgeizigen, antikolonialen Gewerkschaften, sagte er, sehen die Kommunisten ihre möglichen Verbündeten. Sie bemühen sich gar nicht besonders, die Regierungen zu gewinnen, sondern konzentrieren sich auf die Umwerbung der Gewerkschaftsführer. Haben sie diese gewonnen, so fällt ihnen der Rest von selber zu.

Diese drei Referate — und die Bemerkung des Generalsekretärs der Föderation — umschreiben eigentlich vollständig die Gefahren, die der freien Gesellschaft heute drohen.

Es ist klar, wo die Hilfe ansetzen muss: Erstens in der Stärkung schwacher Organisationen, welche die Rechte des Arbeitnehmers der freien Welt allein nicht genügend verteidigen können;

zweitens in der Bekämpfung von Rassenschieden und veralteten Prädominanzbegriffen in ehemals kolonialen Ländern;

drittens bei der Klärung der verworrenen wirtschaftlich-politischen Begriffe der jungen, nationalistischen Staaten.

Dass die Aufgabe leicht ist, behauptet niemand. Das ist aber kein Grund, ihr nicht vollste Aufmerksamkeit zu widmen.